

Niederschrift

zur 39. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 13.06.2012	18:00- 19:20 Uhr	Stadt Fürstenwalde, Hotel Kaiserhof

Anwesenheit

Vorsitz

Gerold Sachse ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Maria Meinel , Käthe Radom ,

CDU-Fraktion

Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

SPD-Fraktion

Roland Schulze , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Lothar Hoffrichter ,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst entschuldigt,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Jürgen Roch, Christfried Tschepe , Dr. Ingo Wetter ,

Gäste

Jürgen Teichmann ,

Abwesend

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter entschuldigt,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink ,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 39. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Der Bürgermeister ist heute entschuldigt.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 11 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einschließlich der Ergänzung um die Anträge der Fraktion DIE LINKE. zur Abstimmung gebracht.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 38. Sitzng vom 25.04.2012

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Es liegen keine Informationen des Vorsitzenden vor.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Antrag der Fraktion Die LINKE. hier: Bürgerhaushalt einführen

Abg. Sachse erläutert, dass dieses Anliegen seit längerem auf der Agenda steht. Es soll nun mit ausreichender Vorbereitungszeit und Einsatz eines zeitweiligen Gremiums sowie der Einbeziehung der Verwaltung rechtzeitig auf den Weg gebracht und zum Haushaltsjahr 2014 umgesetzt werden.

Abg. Wagner bringt ihre Verwunderung über den Antrag insofern zum Ausdruck, als dass die SPD-Fraktion bereits vor Einführung des doppelten Haushaltes die Einführung des Bürgerhaushaltes vorgeschlagen hatte. Seinerzeit sollte erst einmal die doppelte Haushaltsführung eingeführt und ein entsprechender Zeitvorlauf gewährt werden. Mit den Haushaltsreden 2012 wurde das Thema erneut berührt und von der Verwaltung aufgegriffen. Die SPD-Fraktion kann sich vorstellen, den Bürgerhaushalt bereits zum Jahr 2013 erstmals umzusetzen.

Der **Erste Beigeordnete** berichtet, dass er sich mit diesem Thema intensiv beschäftigt hat und aus fiskalischen, rechtlichen und verwaltungsinternen Gründen dagegen sprechen muss. Die rechtliche Seite begründet er mit dem § 67, Abs. 1 und 2 der Kommunalverfassung – „Der Kämmerer stellt den Entwurf der Haushaltssatzung auf und legt ihn dem Hauptverwaltungsbeamten zur Feststellung vor. Der Hauptverwaltungsbeamte leitet den von ihm festgestellten Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeindevertretung zu...“

Angesichts der engen fiskalischen Spielräume warnt Dr. Fehse davor, in der Bürgerschaft Hoffnungen und Begehrlichkeiten zu wecken, die nicht erfüllt werden können. Des Weiteren obliegt die Budgethoheit gem. § 28 (2), Abs. 15 der STVV. Vorstellbar wäre zwar, dass die STVV freiwillig ein Budget freigibt, das im Rahmen des Bürgerhaushaltes entschieden wird und mit Beschluss als Arbeitsgrundlage für die STVV dient. Der finanzielle Spielraum aber wird geschmälert durch langfristige Verträge z.B. mit der Kulturfabrik, langfristige Zusagen an Sportvereine und dem TvÖD.

Dr. Fehse weist noch darauf hin, dass die Verwaltung mit ihren Jahresabschlüssen seit einigen Jahren in Verzug ist. Das liegt u.a. daran, dass die Software zum Haushalts- und Kassenverfahren nicht optimal ist. Nunmehr wurde zum 01.01.2013 über einen Wechsel entschieden, was einiges an Mehraufwand erfordern wird.

Abschließend weist er darauf hin, dass sich der Bürgerhaushalt auch in anderen Kommunen offensichtlich in der Experimentierphase befindet oder andere gesetzliche Grundlagen dafür sprechen

(Land Berlin).

Abg. Wagner ist bekannt, dass die Stadt Potsdam seit sieben Jahren einen Bürgerhaushalt zelebriert und diesbezüglich auch Informationen und Austausch anbietet. Des Weiteren könnte sie sich vorstellen, dass die Vorhaben der Bürgerschaft in Bürgerversammlungen benannt und konkretisiert werden, außer in den Fällen, wo Fördermittel akquiriert werden können.

Abg. Fiedler meint, ihre Fraktion hätte sich ebenfalls das Jahr 2013 zur Umsetzung vorstellen können, hielte es jedoch angesichts der schnell voranschreitenden Zeit und der bevorstehenden Sommerpause doch für übereilt. Sie sieht es als Aufgabe des zu bildenden zeitweiligen Ausschusses, die Voraussetzungen zu prüfen, die von Dr. Fehse geäußerten Hinweise und Bedenken zu prüfen und die im Antrag formulierten Aufgaben abzuarbeiten.

Abg. Schulze bittet vor Gründung des zeitweiligen Ausschusses die Verwaltung zu beauftragen, die rechtlichen Möglichkeiten abzuprüfen um sicherzustellen, was der Bürgerhaushalt leisten darf und leisten kann.

Abg. Hoffrichter meint, erst das Bürgerinteresse zu eruieren, denn schon jetzt fehlen Interesse und Besucher in den öffentlichen Sitzungen. Er spricht sich dafür aus, die Bürgerschaft in die Fraktionssitzungen einzuladen und über diese Thematik zu diskutieren.

Der Vorsitzende greift die gegebenen Hinweise und Bedenken auf und wirbt für das gemeinsame Anliegen, den gemeinsam in Gang zu setzenden Prozess zu begleiten und die Voraussetzungen dafür zunächst in kleinem Kreise abzuklären. **Abg. Wagner** hofft auf Bürger und Jugendbeteiligung und spricht sich dafür aus, den Versuch zu wagen.

Abg. Benz sieht darin die weitere Öffnung und eine Transparenz der Politik. **Abg. Petenati** fehlen umfangreiche Materialien über Rechte und Pflichten des zeitweiligen Gremiums sowie Beispiele anderer Kommunen, um eine Entscheidung treffen zu können.

Der Vorsitzende bringt den Antrag zur Abstimmung.

Zustimmung Ja 8 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 6.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. hier: Haushaltsberatung qualifizieren - Investitionsplanung und Eckwerte frühzeitig diskutieren

Abg. Sachse erläutert den vorliegenden Antrag kurz. Der Erste Beigeordnete teilt mit, dass die Eckwerte mit der Investitions- und Finanzplanung sowie der Ergebnisplanung für das beschließende sowie weitere drei Jahre vorliegen. Diese Zahlen sind bekannt. Nicht bekannt oder planbar sind die Maßnahmen und Veränderungen, für die Fördermittel ausgereicht werden, Maßnahmen, die keinen Aufschub dulden oder in der Haushaltsplanung vergessen wurden (Feuerwehrfahrzeuge) oder auch Elementarschäden (Sigmund-Jähn-Schule) bzw. die Veränderungen beim Sandstraßenbau.

Herr Dr. Fehse meint, er werde künftig aktuell über investive Veränderungen bzw. das Investitionsprogramm und die Prioritätensetzung unterrichten.

Abg. Wagner spricht sich dafür aus, frühzeitig mit Beginn der Erstellung der Prioritätenliste in der Verwaltung inklusive der Maßnahmen, die es nicht in die Prioritätenliste schaffen, in den Entscheidungsprozess einbezogen zu werden. Abg. Petenati erinnert, dass diese Forderung Bestandteil seiner Haushaltsrede war. Er unterstützt das Anliegen, die Haushaltsdebatte im Vorfeld transparenter zu machen. Abg. Fiedler betont, dass dies alle Fraktionen gefordert hatten. Es geht um die frühzeitige Einbeziehung bei Überlegungen, dem Feststecken von Zielen, der Schwerpunktsetzung der Prioritäten bei der Planung usw.

Der **Antrag** wird dahingehend **konkretisiert**, dass die Planung für 2013 im September 2012 mit den entsprechenden Vermerken/Abarbeitung/Verschiebung/Erläuterungen in den Fachausschüssen vorgelegt wird. Mit dieser Verfahrensweise sind alle Anwesenden einverstanden. Dem Antrag ist dem Grunde nach entsprochen.

TOP 6.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. hier: Denkmalschutz für das Verwaltungsgebäude Pintsch beantragen

Abg. Sachse erläutert den Antrag kurz. Der Erste Beigeordnete berichtet, dass ein solches Anliegen keiner Beschlussfassung durch die STVV bedarf. Einen Antrag auf Denkmalschutz für ein Gebäude kann jedermann stellen. Er stellt richtig, dass es sich auf dem dortigen Areal um den Abriss der baufälligen und maroden Baracken, des Nebengelasses inklusive der Häuser 2 und 3 handelt und die Pintsch-Villa nicht betroffen ist.

Der Vorsitzende hält an den Antrag fest und meint, ein Antrag auf Denkmalschutz – durch die Stadt bzw. den Bürgermeister gestellt – könne dem ganzen Sachverhalt noch mehr Nachdruck verleihen.

Abg. Hoffrichter hält das parallel zur Straße verlaufende Gebäude für erhaltenswert und meint, es müsse genau definiert werden, welche Gebäude gemeint sind.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.4 Hanse Regionalbahn Ostbrandenburg GmbH; hier: Auflösungsbeschluss 5/447

Es besteht keine Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Auflösung der Hanse Regionalbahn Ostbrandenburg GmbH.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.5 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Landkreis Oder-Spree zum Betrieb eines Jugendgästehauses 5/452

Der Erste Beigeordnete erläutert, dass es sich um den Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung handelt, über die zunächst der Kreistag (20.06.) und die STVV (21.06.) befinden müssen, bevor sie zwischen Landrat und Bürgermeister geschlossen wird. Die Vereinbarung ist dringend für den Erhalt des Zuwendungsbescheides erforderlich.

Auf die Nachfrage zur Höhe der Nutzungsgebühren durch die Azubis verweist der Erste Beigeordnete auf die entsprechende Benutzungssatzung für Wohnheime des Landkreises, die z.B. in Eisenhüttenstadt zur Anwendung kommt. Daran wolle man sich orientieren.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (siehe Anlage) mit dem Landkreis Oder – Spree zur Übertragung von Aufgaben des Schulträgers, hier Betrieb eines Wohnheims für Auszubildende des OSZ Palmnicken, zu.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 6.6 Antrag auf Förderung der Errichtung eines Waldkindergartens 5/446

Abg. Zänker merkt an, dass er es schade findet, dass diese innovative Idee nicht unterstützt wird.

Abg. Wagner berichtet, dass –auch im Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen so diskutiert– nicht die Idee und die Konzeption zur Diskussion standen. Der Antrag auf finanzielle Unterstützung bzw. Anschubfinanzierung wurde mit der Begründung der Ungleichbehandlung abgelehnt, dass kein anderer freier Träger eine solche Unterstützung erhielt oder erhalten wird.

Abg. Petenati ergänzt, dass die Initiatoren der Kita weitermachen werden und die fehlende Anschubfinanzierung nicht das Aus der Idee bedeuten wird.

Abg. Sachse meint, dass perspektivisch die Chance auf Aufnahme in die Kitabedarfsplanung besteht.

Beschluss:

Der Antrag des Kleine Waldfürsten e. V. auf Förderung der Errichtung und der Ausstattung eines Waldkindergartens wird abschlägig beschieden.

Zustimmung Ja 9 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 6.7 Überplanmäßige Haushaltsausgabe für das investive Projekt "Haus Schwan Wohnen 50+" 5/449

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree stimmt der unabweisbaren überplanmäßigen Ausgabe vom Sachkonto 193101 (Projekt „Haus Schwan“) der Investition-Nr. 6610028 (Stadtumbau, Zuschuss an Dritte) in Höhe von 100.000 € zu.

Zugestimmt wird auch der Deckung der Mittel vom Sachkonto 45131 (Projekt „Altstädter Platz“) der Investition-Nr. 6610024 (Stadtumbau/Tiefbau) .

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Der FBL Bürgerdienste, Dr. Wetter, gibt den Hinweis, dass sich die Vergabe des Kita- und Schulesens bzw. die Essensqualität an der Richtlinie DGE – Qualitätsstandards für die Schulverpflegung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) orientiert (nähere Informationen unter www.schuleplusessen.de).

Auf die Nachfrage des Abg. Sachse, ob es ähnlich wie in einigen Berliner Stadtbezirken bekannt ist, dass für den ausgeschriebenen Preis von 2,10 € keine gute Essensqualität geliefert werden kann, antwortet Herr Dr. Wetter, dass in unserer Stadt keine Beschwerden über die Essensqualität oder fehlende abwechslungsreiche Kost bekannt seien. Abg. Wagner ergänzt, dass Berlin nicht mit unserer Stadt zu vergleichen sei, da die Eltern einen Eigenanteil zum Schulesen leisten.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung. Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Gerold Sachse

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin

